

# **Protokoll der Sitzung des LJHA vom 22. November 2018**

**Zeit: 14:30 Uhr – 15:45 Uhr**

**Ort: Senatorin für Finanzen - Raum 208**

Teilnehmer/-innen und Gäste:  
s. Anwesenheitsliste

**Vorsitz: Frau Görgü-Philipp**

**Protokoll: Herr Möller**

Bremen, den 08.01.2019

## **TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird unter Absetzung des TOP 4 genehmigt.

## **TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles**

keine

## **TOP 3: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.08.2018**

Das Protokoll wird genehmigt.

## **TOP 4: Leitung(en) des Landesjugendamtes**

Frau Görgü-Philipp teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt abgesetzt wurde, da noch Klärungsbedarf besteht.

## **TOP 5: Stärken statt schütteln**

Frau Djafari erläutert die Vorlage und die Aktion „Stärken statt schütteln“ sowie die in diesem Zusammenhang durchgeführten und geplanten Veranstaltungen. Ferner verweist sie auf die über entsprechende Websites erhältlichen Informationen. Sie berichtet zudem über die Initiierung bzw. Unterstützung dieser Aktion durch das Nationale Zentrum Frühe Hilfen und verweist auf eine Presserklärung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport. Auf Nachfragen erläutert Frau Djafari, dass die umfängliche Öffentlichkeitsarbeit nicht zu Lasten gezielter Informationen an verschiedenste Stelle gehe, da die Bundesstiftung Frühe Hilfen ausreichend Mittel zur Verfügung stelle. Ferner teilt sie mit, die Informationen seien auch in mehrere Sprachen übersetzt worden und eine Auswertung der Aktion sei in Kooperation mit den Frühberatungsstellen geplant.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Frau P. Krümpfer, Herr Dr. Güldner, Herr Möhle, Frau Jäschke, Frau Leonidakis, Frau Djafari, Frau Sadowski

Beschluss:

Der Landeshilfesausschuss nimmt den Bericht über die Aktion „Stärken statt schütteln“ zur Kenntnis

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 6: Bericht zum Stand der Versorgung, Betreuung, Teilhabe und Integration unbegleiteter minderjähriger Ausländer\*innen(umA)**

Herr Casper entschuldigt den, auf Grund notwendiger Abstimmungsprozesse, späten Versand der Vorlage, teilt mit, dass das Vorblatt insoweit zu korrigieren sei, als dass der Bericht mit dem Innenressort abgestimmt und geeint sei, führt sodann in die Vorlage ein und verweist besonders auf die dargestellten Mengengerüste, die die Leistungen der Jugendhilfe verdeutlichen. Herr Casper stellt fest, es sei davon auszugehen, dass viele dieser Jugendlichen in Bremen bleiben werden, welches die Herausforderungen im Zusammenhang mit Wohnraumbeschaffung, Integration, Teilhabe, Ausbildung etc. deutlich mache. Dieser Bericht zahlreicher Senatsressorts unterstreiche, dass der Senat dieses als seine Gesamtaufgabe ansehe. Schließlich berichtet Herr Casper, das Phänomen der Schulvermeidung sei weiterhin im Blick zu behalten, hingegen gebe es in Bezug auf Delinquenz und Radikalisierung keine, durch die Polizeien Bremen und Bremerhaven bzw. das Landesamt für Verfassungsschutz festgestellten signifikanten Probleme bzw. Erkenntnisse. Im Zusammenhang mit Delinquenz liege die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) bei den Jugendlichen unter dem entsprechenden Wert für in Deutschland geborene Minderjährige.

Auf Nachfragen erläutert Herr Casper, in Bezug auf Altersfeststellungen werde, wie aber auch bereits in LJHA und JHA berichtet, im Rahmen der durch Urteile des OVG Bremen gesetzten Standards verfahren. In Bezug auf Rückkehrer\*innen stellt er fest, durch die erfolgte Umverteilung gemäß der bundesgesetzlichen Vorschriften sei das Jugendamt am Zuweisungsort rechtlich bindend zuständig, wie auch die Personensorge dort verortet sei, natürlich berge das Entweichen und die Rückkehr nach Bremen Risiken hinsichtlich Schulbesuchs sowie weiterer As-

pekte der Versorgung in sich, die jedoch nur in Verantwortung des zuständigen Jugendamts gelöst werden könnten.

Im Verlauf der weiteren Erörterung wird in Bezug auf die vormals geplante Einrichtung zur fakultativ geschlossenen Unterbringung festgestellt, dass die seinerzeit festgestellte Problematik zum Teil gar nicht mehr vorhanden sei, andererseits sich die Jugendhilfe zwischenzeitlich auch konzeptionell weiterentwickelt habe und nunmehr Perspektiven für bedarfsgerechtere Angebote und stationäre Hilfen geschaffen habe. Für die Verbände und Träger hebt Herr Edwards deren Leistungen besonders hervor und signalisiert deren Bereitschaft, sich an der weiteren Berichterstattung zu beteiligen.

Auf Nachfrage in Bezug auf die Szenarien angesichts rückläufigen Zuzugs von umA wird in Bezug auf die Perspektiven des Fachdienstes Flüchtlinge und Integration und anderer Bereiche im AfSD seitens Herrn Diener mitgeteilt, dass der veränderten Situation selbstverständlich Rechnung getragen werde, indem bedarfsentwicklungsadäquate Anpassungen im Personalbereich vorgenommen würden. So ist beispielsweise im Bereich der Amtsvormundschaft aufgrund des deutlichen Rückgangs der Mündelzahlen schon ein Personalrückbau durchgeführt worden. Ähnlich müssten im Bereich OJA Analysen in Bezug auf die Bedarfsgerechtigkeit der sozialräumlichen Angebote durch Zuzug zugewanderter Junger Menschen vorgenommen und entsprechende Rückschlüsse gezogen werden. Und schließlich gelte es auch, den Bereich der stationären Hilfen zur Erziehung besonders in den Blick zu nehmen, um hier angesichts der veränderten Situation die entsprechenden Umplanungen, Umwidmungen, Umstrukturierungen entsprechend der in Bremen festzustellenden Bedarfe vorzunehmen. In diesem Zusammenhang weist Herr Diener auf die Bildung der Unterarbeitsgruppe „Bremer leben in Bremen“ der AG gem. § 78 SGB VIII hin. Ein entsprechender Bericht dieser UAG könne in absehbarer Zeit vorgelegt werden.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Frau Leonidakis, Herr Casper, Herr Dr. Güldner, Frau Frank, Frau Sadowski, Herr Edwards, Herr Schmitt, Herr Diener

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 7: Terminplanung 2019**

Der Tagesordnungspunkt wird aufgerufen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss stimmt den vorgeschlagenen Terminen zu.

Gegenstimmen. 0

Enthaltungen: 0

**TOP 8: Berichte der Verwaltung**

keine

**TOP 9: Verschiedenes**

. / .

für das Protokoll:

Arnd Möller



## PRESSEMITTEILUNG

Bremen, 24. August 2018

Nach Schätzung von Expertinnen und Experten erleiden in Deutschland jedes Jahr 300 bis 400 Säuglinge und Kleinkinder ein Schütteltrauma – und die Dunkelziffer ist hoch. „Die Folge können Hirnverletzungen sein, die lebenslange schwere Behinderungen nach sich ziehen sein oder sogar zum Tode führen“, mahnte Anja Stahmann, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport. „Kopfverletzungen durch Misshandlungen, zu denen in erster Linie das Schütteln zählt, sind bei Säuglingen und Kleinkindern die häufigste nicht natürliche Todesursache.“ Viele körperliche und geistige Behinderungen gehen nach Expertenmeinung auf nie diagnostiziertes Schütteln zurück. Allerdings wissen nach unterschiedlichen Erhebungen die Hälfte bis ein Viertel der werdenden und jungen Eltern nichts von diesem Risiko. Aus diesem Grunde stellt die Senatorin im Rahmen des bundesweiten Bündnisses gegen Schütteltrauma die bremenweite Aktion „Stärken statt Schütteln“ vor: „Die Kernbotschaft ist eigentlich: Mach irgendwas, aber schüttel nie dein Baby.“

Mit Plakaten und Transparenten soll auf die Angebote der Frühberatungsstellen sowie auf spezielle Beratungstermine der Baby- und Schrei-Ambulanz in den Monaten August bis November hingewiesen werden. Außerdem sollen mehrere Veranstaltungen im November dazu beitragen, Eltern zu stärken. Dazu gehören Themen wie „Eine Auszeit für mich“, „Babys pflegen, baden und halten“, Babymassage und ein Film über Eltern, die berichten, wie sie schon vor Spannungssituationen gestanden haben, in denen sie ihr Kind schütteln wollten.

„Eltern können sich überfordert fühlen, wenn Babys – manchmal ohne erkennbaren Grund – sich nicht beruhigen lassen“, sagt Senatorin Stahmann. „Wer gerade Vater oder Mutter geworden ist, kann sich manchmal kaum vorstellen, wie das Schreien des geliebten Kindes einen an den Rand bringen kann, gerade wenn man selber im Stress ist – oder weil das Kind einem über Wochen den nächtlichen Schlaf raubt.“ Wichtig sei es, sich dieser Gefühle bewusst zu sein. „Eltern sollten frühzeitig Strategien entwickeln, wie sie in solchen Situationen der emotionalen Überforderung reagieren“, sagte die Senatorin. „Wer weiß, dass ein Baby nicht nur positive Gefühle auslösen kann, wer weiß, dass man auch wütend auf sein geliebtes Baby sein und sich unendlich hilflos fühlen kann, der ist viel besser vor so einer Kurzschlussreaktion geschützt.“

Warum das Schütteln so gefährlich ist, schildert die Senatorin so: „Der Kopf eines Babys ist im Vergleich zum Rest des Körpers sehr groß und schwer. Dabei kann die Nackenmuskulatur den Kopf nicht halten. Wird das Baby geschüttelt, fällt der Kopf nach vorn und hinten, feine Adern reißen und es kommt zu Blutungen im Gehirn. In der Folge werden die Nerven im Gehirn geschädigt, oder auch die Netzhaut im Auge. „Die Kinder können sterben, erblinden, ihr Leben lang epileptische Anfälle bekommen – oder so schwere

Schäden erleiden, dass nur noch Maschinen sie am Leben halten können.“ Sind die Schäden nur leichter, können sie zunächst unbemerkt bleiben, dann aber in der Schule mit Leistungseinschränkungen bemerkbar machen.“

Wer spürt, dass er an seine Grenzen stößt, dem hilft für's Erste schon ein einfacher Dreischritt: „Das Kind sicher ablegen, das Zimmer verlassen, tief durchatmen.“ Wichtig sei, das eigene emotionale Gleichgewicht wiederherzustellen. „Dazu kann es auch helfen, einen Freund anzurufen oder bei den Nachbarn zu klingeln.“ Kommt man nicht zum ersten Mal in eine solche Situation, können die Schreiambulanz oder die Frühberatungsstellen darüber hinaus wichtige Unterstützung anbieten.

Doch alle Tipps gehen manchmal ins Leere: „Wenn eine Baby geschüttelt wurde, muss es sofort zum Arzt“, betont Senatorin Stahmann. „Und man sollte da auch keine Lügenmärchen auftischen.“ Je früher die Behandlung einsetze, desto besser stehen die Chancen, die gesundheitlichen Folgen zu begrenzen.

Weitere Informationen finden sich unter [www.staerken-statt-schuettern.de](http://www.staerken-statt-schuettern.de)  
Postkarten sowie Bus- und Bahn-Werbung weisen in den kommenden Monaten auf die Aktion und die Veranstaltungen hin. Die Informationen stehen auch in türkischer, arabischer, französischer, englischer und russischer Sprache zur Verfügung.